

Afghanistan im Überblick

zusammengestellt von Nasim Saber

Ex-Präsident Burhanuddin Rabbani ermordet

Der frühere afghanische Präsident Burhanuddin Rabbani wurde an seinem 70. Geburtstag bei einem Anschlag in seinem Haus in Kabul getötet. Rabbani war der Vorsitzende des Hohen Friedensrates, der Verhandlungen mit den Taliban führte. Seine Ermordung markiert einen Wendepunkt in der Versöhnungspolitik der afghanischen Regierung mit den Aufständischen. Laut Mohammad Zahir, Chef der Kabuler Kriminalpolizei, brachte ein Selbstmordattentäter, der sich als Besucher getarnt hatte, seinen Sprengstoff zur Detonation, als Rabbani ihn begrüßte. Zahir ergänzte, dass vier weitere Personen, darunter Massum Stanikzai, ein enger Berater Karsais und gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender des Hohen Friedensrates, verletzt worden sind. Rabbani wollte zwei angebliche Talibanfunktionäre in seinem Haus empfangen, als sich die Explosion ereignete. Während der Beerdigung von Rabbani in Kabul warfen Anhänger der Nordallianz Steine auf Fahrzeuge der afghanischen Regierung und riefen „Tod den Amerikanern, Tod den Pakistanern, Tod für Karsai“, bevor sie von Wachleuten, die Warnschüsse in die Luft abgaben, auseinander getrieben wurden. Die Kabuler Polizei hatte tausende von Polizisten im Einsatz, um weitere Ausschreitungen zu verhindern. Rabbani war Kommandant der Mudschahidin in den 1980er Jahren und afghanischer Staatspräsident von 1992 bis 1996, als das Land sich im Bürgerkrieg befand. Seine Regierung wurde 1996 von den Taliban gestürzt.

USA nimmt Kontakt zum *Haqqani*-Netzwerk auf

US-Außenministerin Hillary Clinton hat Kontakte der Regierung in Washington mit dem in Afghanistan und Pakistan aktiven radikalislamischen *Haqqani*-Netzwerk bestätigt. Mit Hilfe der pakistanischen Regierung sei ein erstes Treffen eingefädelt worden, sagte Clinton in Islamabad. „Wir glauben, dass es eine Chance gibt, mit Gesprächen zu beginnen.“ Es bestehe aber keine Garantie, dass dies auch zu einer friedlichen Lösung führe. Ein ranghoher US-Vertreter präzisierte, dass das Treffen „im Sommer“ stattgefunden habe, noch vor zwei Attacken gegen die US-Präsenz in Afghanistan im September. Beim ersten Anschlag, am Tag vor dem zehnten Jahrestag des 11. September, auf eine Militärbasis in Zentralafghanistan waren 77 US-Soldaten verletzt worden; wenige Tage später wurde die US-Botschaft in Kabul Ziel einer 19-stündigen koordinierten Attacke. Hinter beiden Angriffen soll das *Haqqani*-Netzwerk stehen.

Regionale Sicherheitskonferenz in Istanbul

Anfang November 2011 kamen in Istanbul Vertreter von 20 Staaten und internationalen Organisationen zu einer Konferenz über die Sicherheitslage in Afghanistan zusammen. Im Zentrum des Treffens unter türkisch-afghanischem Vorsitz stand die Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Wirtschaft. Neben dem türkischen Präsidenten Abdullah Gül und seinem afghanischen Kollegen Hamid Karsai nahmen die Außenminister der USA sowie von Pakistan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Russland und China teil. Der Iran war nicht vertreten. Auf der Istanbuler Konferenz einigten sich die teilnehmenden Staaten auf 19 Prinzipien, u.a. die Anerkennung der afghanischen Souveränität, Einheit und territorialen Unversehrtheit, die entschiedene Bekämpfung und Eliminierung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus sowie das Verhindern von Rückzugsorten für Terroristen in der Region.

Frühere Parlamentarierin beendet nach 18 Tagen ihren Hungerstreik

Eine frühere afghanische Abgeordnete hat nach 18 Tagen einen aus Protest gegen ihren Ausschluss aus dem Parlament begonnenen Hungerstreik beendet. Die 30-jährige Politikerin Semin Baraksai erklärte sich am 19. Oktober 2011 auf Bitten des hochrangigen Geistlichen und Senators Sebghatullah Mudschadedi bereit, wieder Nahrung zu sich zu nehmen. Mudschadedi versicherte ihr, er werde sich für ihre Rechte einsetzen. Eine Woche zuvor war Baraksai von der Polizei in ein Krankenhaus eingeliefert worden, nachdem sich mehrere Studenten und Menschenrechtsaktivisten ihrem Protest angeschlossen hatten. Die aus der westafghanischen Provinz Herat stammende Abgeordnete wollte erreichen, dass die Aberkennung ihres Mandats rückgängig gemacht wird. Insgesamt neun Abgeordnete waren aus dem Parlament ausgeschlossen worden, weil ihre Wahl im September 2010 nicht rechtens war.

Frankreich beginnt mit dem Rückzug seiner Truppen

Frankreich hat mit dem Rückzug seiner Truppen aus Afghanistan begonnen. Die ersten rund 200 von etwa 4000 Soldaten flogen im Oktober von Kabul aus zurück, wie die französische Armee mitteilte. Weitere

200 Soldaten sollen Afghanistan noch vor Weihnachten 2011 verlassen, bis Ende 2012 sollen rund 1000 zurückgekehrt sein. Frankreich will seine Truppen bis 2014 ganz aus dem Land abziehen. Die Franzosen folgen damit dem Abzug der USA. Die Bundeswehr will zum Jahreswechsel 2011/2012 mit dem Abzug ihrer Soldaten beginnen; genaue Zahlen sollen bis Ende Januar festgelegt werden.

Afghanistan und Indien unterzeichnen ein strategisches Abkommen

Nach der Unterzeichnung eines Strategiepapiers zum Ausbau der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen Indien und Afghanistan hat der afghanische Präsident Hamid Karsai mögliche Bedenken des gemeinsamen Nachbarn Pakistan zerstreut. „Pakistan ist unser Zwillingbruder, Indien ist ein großer Freund“, sagte Karsai bei einer Rede in der indischen Hauptstadt Neu Delhi. Der Vertrag über eine strategische Partnerschaft richte sich gegen kein anderes Land, sondern diene allein der Unterstützung Afghanistans. Karsai und Indiens Premierminister Manmohan Singh hatten das Abkommen am 4. Oktober 2011 unterzeichnet. Darin verpflichtet sich Neu Delhi im Hinblick auf den für Ende 2014 geplanten Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan unter anderem, verstärkt afghanische Sicherheitskräfte an indischen Militärakademien aus- und weiterzubilden. Pakistan steht der Entwicklung kritisch gegenüber. Gleichzeitig erneuerte Karsai in Neu Delhi seine Ankündigung, direkte Gespräche mit Islamabad über ein Ende des Konflikts führen zu wollen. Im Friedensprozess wolle er sich zukünftig stärker auf den zwischenstaatlichen Dialog konzentrieren anstatt mit Gruppen wie den Taliban zu verhandeln, „deren Ansprechpartner keiner kennt“.

Bundespräsident Wulff zu Besuch in Afghanistan

Das auffälligste Requisit des Staatsbesuchs in Afghanistan war ein Gastgeschenk für den jüngsten Sohn von Präsident Hamid Karsai. Ein kleines buntes Kinderfahrrad mit Stützrädern begleitete die Delegation von Berlin bis nach Kabul. Bundespräsident Christian Wulff wollte keine Fehler machen. 2010 hatte sein Vorgänger Horst Köhler bei einer Reise nach Afghanistan nur die deutschen Truppen im Norden des Landes besucht. Wulff schlug denn auch den großen historischen Bogen und erinnerte daran, dass der afghanische König Amanullah 1928 zum Staatsbesuch in Berlin war. Vier Jahrzehnte später reiste Bundespräsident Heinrich Lübke nach Kabul, und nun, 44 Jahre danach, Wulff zu Karsai. Bei einem Treffen mit Menschen- und Bürgerrechtlern

setzte Wulff den Akzent seiner Reise: Es gehe nicht mehr in erster Linie um Militärische. Doch gerade die anwesenden Frauen äußerten in dem Gespräch auch die Sorge, dass mit dem Abzug der internationalen Truppen Ende 2014 vieles wieder auf dem Spiel stehe, was in den letzten Jahren erreicht wurde. Bei der Konferenz Anfang Dezember in Bonn wird es nur eine afghanische Delegation geben. Wenn zu dieser auch Taliban gehören, dann müssen sie dem Terror abgeschworen und die afghanische Verfassung akzeptiert haben. Das ist die „rote Linie“, von der auch deutsche Diplomaten sprechen. Wulff sieht Deutschland bei der Konferenz in der Rolle des „ehrlichen Maklers“. Mit diesem Zitat Otto von Bismarcks hebt er die historische Dimension hervor. Seit rund 100 Jahren ist Deutschland ein verlässlicher Freund Afghanistans. Die Freundschaft soll über den bis 2014 anvisierten Abzug der Bundeswehr hinaus halten.

Loya Jirga begrüßt strategische Partnerschaft mit den USA

Die große Ratsversammlung der Afghanen (*Loya Jirga*) hat einer langfristigen Partnerschaft mit den USA „unter Bedingungen“ zugestimmt. Eine Partnerschaft sei nötig „für eine bessere Sicherheit im Land“, hieß es in der Abschlusserklärung der Konferenz in Kabul. Präsident Hamid Karsai versicherte den 2100 Stammesvertretern, er akzeptiere „alle Bedingungen und Empfehlungen“ für die Beziehungen mit den USA. Die *Loya Jirga* forderte unter anderem, die Möglichkeit der Strafverfolgung von US-Bürgern, die in Afghanistan Verbrechen begehen, in ein Abkommen mit den USA aufzunehmen. Auch sollten die USA ihre Unterstützung – allerdings unter Führung der afghanischen Sicherheitskräfte – für den Fall zusichern, dass Afghanistan von einem anderen Land angegriffen werde. Die Teilnehmer der *Loya Jirga* wurden in 40 Kommissionen aufgeteilt, die über einzelne Gesichtspunkte eines strategischen Abkommens diskutierten. Die Stammesversammlung sprach sich nach ihrem viertägigen Treffen in ihrer Abschlusserklärung zudem für Verhandlungen mit denjenigen Taliban aus, die der Gewalt abschwören. Die Tür müsse offen bleiben für Mitglieder der bewaffneten Opposition, die zu einem friedlichen Leben zurückkehren wollten, hieß es. In der afghanischen Hauptstadt Kabul sowie in Dschalalabad, im Osten des Landes, haben hunderte Afghanen gegen die geplante strategische Partnerschaft ihres Landes mit den USA demonstriert. Die Menschenmenge forderte den Abzug aller US-Soldaten aus ihrem Land und sprach sich gegen die Gründung von dauerhaften ausländischen Militärbasen aus.